

Verwaltungsgericht
Kirchstr. 7
10557 Berlin

12.10.2022

Im Strafverfahren wegen des versuchten Mordes und anderer unerlaubter Handlungen {1} beschuldige ich die Ärzte des St. Hedwig Krankenhauses in Großer Hamburger Straße 5-11 in Berlin, die Angestellten der Techniker Krankenkasse, und die Beamten des Amtsgerichts Mitte des gemeinschaftlichen Begehens unerlaubter Handlungen, u.a. Verleumdung, Erpressung, Betrug, Widerhandlung gegen Schikaneverbot gemäß Paragraph 226 BGB, Beteiligung an einer kriminellen und terroristischen Vereinigung, wie ich bereits in meinem Beschluß vom 18.09.2022 schilderte. Das betrügerische Betreuungsverfahren beim Amtsgericht Mitte wurde durch meinen Beschluß vom 11.10.2019 beendet, der Betreuer wurde entlassen {2}. Ungeachtet dessen fordert eine Betrügerin und Rechtsbrecherin Krüger, die sich irreführenderweise Rechtspflegerin nennt, 290,36 Euro von mir, obwohl ich sie nichts schulde. Nach meiner widerrechtlichen Verhaftung am 5.09.2022 und widerrechtlicher Inhaftierung im o.g. Krankenhaus infolge verleumderischer Behauptung, daß ich psychisch krank bin und von mir eine Gefahr ausgeht, wurde meine Versicherungskarte aus meiner Tasche gestohlen und gegen meinen Willen mißbraucht, um einen Abrechnungsbetrug zu begehen, einen Abrechnungsbetrug wie er Millionenfach begangen wird, weil deutsche Justiz selbst den Rechtsbruch systematisch fordert, begünstigt, und begeht, weil sie selbst zu krimineller Vereinigung gehört, die aus einzelnen Banditen besteht, die sich Polizisten, Staatsanwälte, Richter, Ärzte, Politiker usw. nennen, welche unter dem Vorwand der Rechtspflege unerlaubte Handlungen begehen und das Recht brechen.

„Aber wer soll wen verhaften und bestrafen in eurem Bund Faschistischer Frauen? Gehört ihr nicht alle dieselbe schwul-lesbisch-feministisch-päderastische Mafia an, wie auch die Amtsnachfolgerin von Adolf Hitler [Angela Merkel] sowie alle übrigen hier nicht genannten Abermillionen treue Dienerinnen deutschfaschistisches Regime?“ {3 – 4}

Im Weiteren verlange ich sofortige Rückgabe gestohlener Gegenstände, die Verhaftung der Täter, und die Anordnung der Durchsuchung zwecks Beweissicherung im o.g. Krankenhaus, beim sozialpsychiatrischen Dienst in Berlin, bei der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft, und in anderen Berliner Behörden, deren Beamten sich des Begehens unerlaubter Handlungen schuldig machten. {5}



Dr. Andrej Poleev

Referenzen und Anlage.

1. Beschluß im Strafverfahren wegen des versuchten Mordes und anderer unerlaubter Handlungen.

<http://constitution.fund/judgments/order.pdf>

2. Kopie des Schreibens an das Amtsgericht Wedding vom 11.10.2019.

Beschluß im Strafverfahren gegen kriminelle Personen und Körperschaften.

<http://constitution.fund/indictments/Strafverfahren.pdf>

3. Fake Republic of Germany.

<http://enzymes.at/indictments/FRG.pdf>

4. Die Schuldfrage.

<http://constitution.fund/judgments/Schuldfrage.pdf>

5. Schreiben an den Generalbundesanwalt im Strafverfahren wegen des versuchten Mordes und anderer unerlaubter Handlungen.

<http://constitution.fund/letters/Strafverfahren.pdf>

Amtsgericht Mitte

Betreuungsgericht

Amtsgericht Mitte, 10174 Berlin

52

Herrn
Andrey Poleev
Alexianer St. Hedwig-Krankenhaus, Station 37
Große Hamburger Straße 5-11
10115 Berlin

für Rückfragen:
Telefon: 030 9023-0
Telefax: 030 9023-2223
Zimmer: 0403/0308

Sie erreichen die zuständige Stelle am besten:
Geschäftsstellen, Info- & Rechtsantragsstelle Mo.- Fr. 9.00 -
13.00 Uhr die Info- und Rechtsantragsstelle -bevorzugt für
Berufstätige- Do.: 15.00 - 18.00 Uhr
Telefon/Fax: ungerade Endziffern App. 1838/1222, gerade
Endziffern App. 1809/1231, Buchstaben App. 1408/1222

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben
Akten- / Geschäftszeichen
52 XIV 116/22 L

gefertigt am: 06.10.2022
Datum
05.10.2022

Poleev, Andrey, geb. 30.09.1965 - Freiheitsentziehende Unterbringung nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker

Sehr geehrter Herr Poleev,

Nach Abschluss des Verfahrens ist hier nunmehr zu prüfen, ob die aus der Landeskasse gezahlte Vergütung d. für Sie bestellten Verfahrenspflegers/Verfahrenspflegerin von Ihnen zu erstatten ist.

Bitte weisen Sie daher binnen drei Wochen die Höhe Ihres Gesamtvermögens nach (Kopien reichen aus). Den anliegenden Vordruck können Sie für Ihre Angaben gerne benutzen. Sollte Ihr Vermögen über 5000,00 EUR liegen, reicht eine kurze schriftliche Mitteilung, Belege sind dann nicht erforderlich.

Bitte beachten Sie, dass, sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, Ihnen die entstandenen Auslagen in Höhe von 290,36 EUR in Rechnung gestellt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Krüger
Rechtspflegerin

Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie unter <https://www.berlin.de/gerichte/amtsgerecht-mitte/datenschutzzerklaerung.704912.php>. Auf Anfrage übersenden wir diese Informationen auch in Papierform.

Hausanschrift
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

Fahrverbindung
S-Bahnhof: Alexanderplatz S5, S7, S75
U-Bahnhof: Alexanderplatz: U2, U5, U8
Klosterstraße: U2
Bus: S+U Alexanderplatz: 100, 200, M48, TXL
Tram: S+U Alexanderplatz: M4, M5, M6
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Bankverbindung
Postbank Berlin,
Konto der Kosteneinzugsstelle der Justiz (KEJ),
IBAN: DE20 1001 0010 0000 3521 08,
BIC: PSBKDEFF
Bitte Gericht und Aktenzeichen angeben.

Kommunikation
Telefon:
030 9023-0
Telefax:
030 9023-2223